# Namslauer Stadtblatt.

**Täglich erscheinende Zeitung für Stadt und Kreis Namslau.**

53. Jahrgang. **Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden** Fernsprecher 94.

**Bezugs-Preise:**
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich sechsmal: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag Sonnabend und Sonntag und kostet in der Geschäftsstelle, sowie in den Verkaufsstellen monatlich 1,35 Goldmark. Postbezüge nur für den Kalendermonat. Offerten- und Auskunftsgebühr 10 Goldpfennig. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigen-Preise:**
Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig für Auswärtige 25 Goldpfennig im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die einspaltige Petitzeile 75 Goldpfennig. Schluß der Anzeigenannahme bis 9 Uhr vorm. am Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor. Für Anzeigen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Klagen Anzeigen nur gegen Vorausbezahlung. Beilagegebühr nach Vereinbarung.

**Nr. 228.** | Verantwortlich für Schriftleitung: Franz Otto, Namslau. | Dienstag, den 29. September. | Druck, Verlag und Expedition: Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H. | **1925.**


## Preußischer Landtag.

**Am 29. November Provinziallandtags- und Kreistagswahlen.**

**Berlin,** 25. November. In der heutigen Sitzung des Landtages wurde zunächst einer Reihe von Anträgen über die Not im Waldenburg-Neuroder Industriegebiet, über die Notlage der Optanten, ebenso wie die Behebung des Notstandes in der Grenzmark an Ausschüsse überwiesen. Das Haus trat dann in die zweite Lesung des Provinziallandtags- und Kreistagswahlgesetzes ein. In dem Entwurf wird ein neues Wahlsystem eingeführt, durch das der bisherige Zustand beseitigt werden soll, daß einzelne Teile der Kreise und Provinzen in den Vertretungskörperschaften unvertreten bleiben.

Die zweite Beratung dieses Entwurfes hat schon wiederholt auf der Tagesordnung gestanden, konnte aber bisher nicht durchgeführt werden, weil die Parteien, die gegen die Neuregelung sind, keine Stimmzettel abgaben, und so das Haus beschlußunfähig machten. Ueber das Gesetz sind einige interfraktionelle Abmachungen getroffen worden. So ist der 29. November allgemein als Wahltermin in Aussicht genommen, nur für Oberschlesien, wo die Zusammenlegung der Wahlkreise noch nicht erfolgt ist, muß ein noch späterer Termin angesetzt werden. Der deutschnationale Abgeordnete Freiherr von Mirbach erklärte das Einverständnis seiner Fraktion mit dem 29. November als Wahltermin. Auch für den Antrag der Wirtschaftspartei, der einen sechsmonatigen Aufenthalt als Voraussetzung für die Wahlberechtigung fordert, würden seine Freunde stimmen, ebenso wie sie für eine Listenverbindung bei den Kreistagswahlen eintreten. Zu empfehlen sei eine gleichmäßige Verteilung der Sitze im Kreise; diese Frage könne bei der Beratung der Kreisordnung ihre Regelung finden. Abg. von Eynern (D. Vp.) sprach sich gegen die Hinausschiebung des Wahltermins vom 25. Oktober auf den 29. November aus. Das alte Wahlgesetz habe zwar einige Fehler, die aber nicht so groß seien, so daß man diesmal noch nach ihm wählen könne. Dieser Standpunkt war dem sozialdemokratischen Vertreter unverständlich. Wenn ein neues Wahlgesetz in kurzer Zeit in Kraft treten solle, könne man doch nicht kurz vorher nach dem alten Wahlsystem Vertreter auf vier Jahre wählen. Das Wahlrecht an eine Wohnungsdauer von sechs Monaten zu knüpfen, lehnten seine Freunde aus begreiflichen Gründen ab. Man weiß ja, welche Verschiebung von Wählern in bestimmten Kreisen, in denen man einen Wahlsieg erringen wollte, früher kurz vor den Wahlen stattgefunden haben. Der Vertreter des Zentrums sprach sich gegen eine Listenverbindung aus, weil, wie er meinte, das Volk politisch erzogen werden müsse. Im übrigen stimmte er dem Gesetz in der Fassung des Ausschusses zu. Das gleiche tat der Vertreter der Demokraten für seine Fraktion, während die Kommunisten das Gesetz ablehnten, solange nicht die von ihrer Partei dazu gestellten Anträge angenommen worden seien. Auch der Abg. Dr. Körner (Deutschvölkisch) sprach sich gegen den Entwurf aus, da das Verhältniswahlrecht durch die neuen Bestimmungen zerrissen werde. Der Vertreter der Wirtschaftspartei trat nochmals für den Antrag seiner Fraktion auf sechsmonatige Wohnungsdauer und für die Listenverbindung ein.

Bei der dann folgenden Abstimmung wurden die Anträge der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt. Das Haus trat durchweg den Ausschußvorschlägen mit den interfraktionell vereinbarten Aenderungen bei. Für die Streichung des § 39, der die Vorschriften über die Geschäftsordnung der Provinziallandtage enthält, stimmten mit den Kommunisten auch die Sozialdemokraten, und es mußte Auszählung erfolgen. Diese ergab die Aufrechterhaltung des § 39 mit 177 gegen 138 Stimmen. Als neuer Wahltermin ist der 29. November festgesetzt. Damit war die Vorlage in zweiter Beratung erledigt.

Bei der Fortsetzung der Beratung des Haushalts des Wohlfahrtsministeriums ergriff zunächst Wohlfahrtsminister Hirtsiefer das Wort, um sich gegen die verschiedenen im Laufe der Debatte erhobenen Vorwürfe zu verteidigen. Er wies den Mangel an Initiative zurück. Man müsse berücksichtigen, daß in vielen Fällen erst die Stellungnahme des Reiches abgewartet werden müsse. Im übrigen sei nicht dem Wohlfahrtsminister ein uneingeschränkter Kredit zur Verfügung gestellt worden, sondern dem Innenminister. Er machte Mitteilung davon, daß das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Reich vorliege. Die Vorbereitung des Landesgesetzes müsse bis zur Erledigung des Reichsgesetzes zurückgestellt werden. Ein Entwurf über Turnpflege werde noch im Winter vorgelegt werden. Zurzeit liege er noch den Landkreisen und dem Deutschen Städtetag zur Begutachtung vor. Zu der in letzter Zeit viel umstrittenen Frage der Stellung der Aerzte zu den Krankenkassen äußerte der Minister den Wunsch, daß Aerzte und Versicherungsträger sich zu gemeinsamer Arbeit verbinden müßten. Es soll versucht werden, die Spitzenorganisationen der Aerzte und Krankenkassen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuführen. Ein Entwurf über das Verhältniswahlsystem sowie eine Novelle für die ärztlichen Ehrengerichte werde gleichfalls kommen. Zum Schluß seiner Ausführungen meinte der Minister unter lebhaftem Widerspruch aus dem Hause, daß er Kritiken ablehnen müsse, die die notwendige Sachkenntnis vermissen lassen.

Die deutschnationale Abgeordnete Frau Nack meinte, wenn die Aerzte Abtreibungseingriffe ablehnten, auch wenn die Strafbarkeit aufgehoben würde, so zeuge das von ihrem idealen Standpunkte. Das Interesse der Volksgesundheit gehe ihnen eben vor. Die Stellung der Frau würde jedenfalls durch eine Aufhebung des Abtreibungsparagraphen nicht gehoben werden. Die Rednerin trat zum Schluß für wirk-

## Schloß Ettersrode.

Roman von Anny Wothe.

(Nachdruck verboten.)

65. Fortsetzung.

„Geben Sie sich keine Mühe mehr, sondern bringen Sie sich selbst in Sicherheit. Nur um eines bitte ich Sie: Nehmen Sie meine Briefe und Wertsachen an sich und sorgen Sie dafür, daß diese meiner Familie mit meinen letzten Grüßen zugestellt werden. Ich möchte nicht, sollte ich doch noch, wenn auch tot, den Engländern in die Hände fallen, daß der Feind die Briefe meiner Lieben in die Hände bekommt. Sagen Sie den Meinen, daß ich gern gelebt hätte, daß ich aber doch freudig in den Tod gehe."

Ich fühlte noch, wie Leichtern meine Sachen durchsuchte und mein Notizbuch und meine Wertsachen an sich nahm. Dann schloß ich, die Hand des Kameraden drückend, erleichtert die Augen.

Nun würdet ihr, so meinte ich, wenigstens wissen, wie und wo ich gefallen. Wie lange ich so gelegen, während die feindlichen Kugeln über mich hinpfiffen, weiß ich nicht. Einmal war es mir nur dunkel, als beuge sich wieder ein Soldat über mich und als spreche eine Stimme, die ich gekannt:

„Unser armer Rittmeister, auch er ist tot."

Ich war nicht imstande, mich zu rühren — ich fühlte nur immer die wilde mörderische Schlacht über mich dahinbrausen. Und dann wurde es ganz still."

Joachim schwieg, die furchtbaren Erinnerungen drohten ihn zu überwältigen.

Günter aber sagte, in grüblerisches Sinnen verloren:

„Nun kann ich mir auch erklären, warum man dich für tot hielt. Leichtern trug deine Ausweispapiere und Wertsachen bei sich, als er selbst von einer Granate zerrissen wurde. Seine Erkennungsmarke muß verloren gegangen sein, ebenso seine Papiere. Alles, was man bei ihm fand, waren deine Papiere und man nahm darum mit Recht an, daß du es warst, der da gefallen."

„Leichtern wird in den Verlustlisten als vermißt geführt, wie ich neulich zufällig entdeckte," schaltete Gräfin Erdmute ein und streichelte zärtlich Marlenes blondes Haar, die mit einem Blick voller Qual zu ihr aufsah.

„Wie lange ich da zwischen Leichen und toten Pferden gelegen habe, weiß ich nicht," fuhr Joachim fort. „Als mir das Bewußtsein wiederkehrte, fand ich mich in einem Lazarett in englischer Gefangenschaft. Ich fluchte der Stunde, die mich nicht hatte sterben lassen, ich raste und riß mir die Verbände von meinen Wunden, denn schlimmer als tot dünkte mich, wehrlos den Feinden in die Hände gegeben zu sein. Aber nach und nach wurde ich ruhiger. Sobald ich klar zu überlegen vermochte, wälzte ich unaufhörlich in meinem Hirn den Gedanken an Flucht. Meine Wunden heilten nur langsam. Ich wußte nicht mehr, wie lange ich schon hier krank lag — mir dämmerte überhaupt kein Erinnern. Nur zuweilen, da kam wie ein Fieber der Gedanke an euch über mich. Ich bat die Schwester, die mich pflegte, euch Nachricht zu geben, und sie versprach es auch. Vielleicht wurde der Brief nie geschrieben — vielleicht ging er auch verloren. Als ich endlich das Lazarett verlassen konnte, schrieb ich selbst an euch, aber auch dieser Brief scheint irgendwo hängen geblieben."

Dann nahmen mich die dunklen Mauern des Schlosses in der schottischen Hauptstadt auf. Monatelang blickte ich sehnsuchtsvoll und verzweifelt hinab auf die stolze Stadt und auf das weite Meer, und spann und verwarf Pläne zur Flucht.

Aber wie sollte man den furchtbaren grauen Mauern entfliehen, die schon so viel Schrecken und Blut gesehen?

Ich hatte mich mit einem der Wächter angefreundet, der sich geschmeichelt fühlte, wenn ich mich mit ihm unterhielt. Zuweilen besuchte er mich in meiner Zelle, aber ich hatte sehr bald eingesehen, daß ich mit seiner Hilfe doch nicht zum Ziele kam. Die einzige Möglichkeit war die, bei einem der täglichen Spaziergänge auf dem Schloßhof zu entwischen. Das schien eigentlich ganz ausgeschlossen, denn abgesehen davon, daß wir gut bewacht wurden, konnte ich eine Flucht bei Tage nicht wagen, da meine Uniform mich ja sofort verraten haben würde.

Ich hatte mich im Laufe der Zeit an einen anderen, auch gefangenen Offizier warm angeschlossen. Mit dem besprach ich wiederholt meine Pläne und wir kamen auf einen merkwürdigen Plan, wie einer von uns die Flucht bewerkstelligen könnte. Wir wurden seit einigen Tagen etwas später in den Hof gelassen und man brauchte die Vorsicht, die Gefangenen einzeln in die Zellen zurückzuführen. Wenn Volker, so hieß der Offizier, der nicht für sich an Flucht dachte, weil sein geschwächter Körper den Strapazen gar nicht gewachsen war, beim Aufruf statt meiner in meine Zelle ging, gewann ich Zeit, und wenn es mir gelang, ungesehen über die Mauer zu kommen, war eine Möglichkeit zur Flucht da.

Freilich war mein Kamerad dann in Gefahr, sobald man ihn entdeckte, der Teilnahme an meiner Flucht bezichtigt zu werden. Volker aber zerstreute meine Bedenken. Kein Mensch könnte ihm das beweisen. Er wäre durch ein Versehen beim Aufruf in meine Zelle gekommen und als er es gemerkt und den Wächter gerufen, hatte ihn niemand gehört.

Mir schien die Sache sehr bedenklich, aber Volker wollte durchaus nichts von diesen Einwänden hören und der Wille und die Lust zum Leben besiegten doch schließlich meine Zweifel.

(Fortsetzung folgt.)


**Staatliche Lotterie - Einnahme**

**Haesler**

**Ziehung 1. Klasse am 16. und 17. Oktober 1925.**

**Zigarren-, Zigaretten-Import**

**Haesler**

**Namslau-Bernstadt.**

same Maßnahmen ein zur Bekämpfung des Kurpfuschertums. Nachdem dann noch Abg. Faßbender (Ztr.) Wünsche betreffs des ärztlichen Fortbildungswesens und betreffs der Milchversorgung der Kinder geäußert hatte, wurde nach weiterer kurzer Aussprache die allgemeine Aussprache über den ersten Abschnitt des Haushalts des Wohlfahrtsministeriums geschlossen und die Weiterberatung auf Sonnabend vormittag 11 Uhr vertagt.

*

**Berlin,** 25. September. Der Aeltestenrat des Preußischen Landtages beriet am Freitag über den weiteren Arbeitsplan. Man rechnet damit, daß die Beratungen des Wohlfahrtshaushalts den Landtag noch bis zum Mittwoch beschäftigen werden. Dann soll nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, das Ministerium des Innern, sondern zunächst der Haushalt der Handels- und Gewerbeverwaltung in Angriff genommen werden. Vom 5. bis 12. Oktober tritt dann, wie angekündigt war, eine Pause in den Vollsitzungen ein. Für die Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern sind die Tage vom 13. bis 17. Oktober in Aussicht genommen.

## Wohnungs- und Mietfragen im Landtag.

**Berlin,** 26. September. In der heutigen Sitzung des Preußischen Landtages wurde die Beratung des Wohlfahrthaushalts bei dem Abschnitt über Wohnungs- und Siedlungswesen fortgesetzt. Eine große Anzahl hierzu vorliegender Anträge enthält Vorschläge zur Linderung der Wohnungsnot.

Abg Bergmann (Ztr.) stellte fest, daß die schönsten Reden nichts nützen, wenn nicht ein Hauptprogramm auf längere Sicht aufgestellt werde. Auch hier sei das Beispiel Englands lehrreich. Dort habe man ein solches Programm bis zum Jahre 1965. Ohne die Hauszinssteuer würde der Baumarkt zum Erliegen kommen; so unsozial die Steuer auch sei, für absehbare Zeit sei sie unentbehrlich. Die Preisbildung auf dem Baustoffmarkt müsse aufmerksam verfolgt werden. Eine gänzliche Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft sei nicht an der Zeit.

Abg. Meyer (Soz.) wünschte baldige Vorlegung des Entwurfes eines Städtebaugesetzes. Die private Bautätigkeit habe im Wohnungswesen versagt. Die Befreiung der Landwirtschaft von der Hauszinssteuer sei ein Skandal. Der Redner forderte Beseitigung dieser Steuer und Ersetzung durch eine Wohnungsbaubgabe.

Abg. Howe (dtn.) wandte sich gegen die Entrechtung des Hauseigentümers. Alle seine Rechte habe sich der Staat angeeignet. Der wertvollste Teil des deutschen Hausbesitzes sei zu einem Spottpreise in die Hände von Ausländern übergegangen. Die Ueberzeugung, daß die heutige Wohnungszwangswirtschaft nicht länger aufrecht erhalten werden könne, setze sich immer allgemeiner durch. Sie scheitere aber an dem Widerstande des preußischen Wohlfahrtsministeriums. Es müsse unverzüglich eine Statistik der Wohnungsbedürftigen aufgenommen werden, damit eine zweckmäßige Verteilung der Wohnungen stattfinden könne. Dringend notwendig sei eine Aenderung des Mieterschutzgesetzes, da ein gesetzlicher Schutz gegen Mietsprellerei geschaffen werden müsse. Der Redner empfiehlt die Einsetzung eines besonderen Wohnungsausschusses.

Abg. Grundmann (DVp) verlangte, daß alles aufgeboten werde, um so billig wie möglich zu bauen. Die Bauarbeiter verdürben sich ihre Situation am meisten selbst durch ihre ewigen Streike. Notwendig sei eine längere Arbeitszeit.

Abg. Meinke (Dem.) hielt die für das Wohnungswesen im Staate verantwortliche Stelle unter den heutigen Umständen für unentbehrlich. Er forderte, daß die Regierung gegen die Kartelle vorgehe, die die Baustoffpreise viel zu hoch halte.

Volkswohlfahrtsminister Hirtsiefer, der dann das Wort nahm, erklärte, die Gesamtsumme der Hauszinssteuer für ganz Preußen, die bisher zum Zwecke des Neubaues bereitgestellt sei, belaufe sich auf 270 Millionen, wovon der Anteil des Staates 60 Millionen ausmache. Die Verwendung der Wohnungsbaumittel im Einzelnen sei den Gemeinden überlassen. Als Hypothekengläubiger kämen auch lediglich diese in Betracht. Der Regierung sei nichts davon bekannt, daß zur Verfügung stehende Wohnungen nicht in Benutzung genommen sind. Der Minister ging dann auf die Frage der Wohnungszwangswirtschaft ein. Abgebaut müsse werden, was möglich sei. Man solle in der Oeffentlichkeit nicht glauben, daß die Wohnungen wie Pilze aus der Erde schießen würden, wenn die Zwangswirtschaft aufgehoben werde. Eine nennenswerte Steigerung der Baukosten, insbesondere der Baustoffpreise, sei seit dem Januar nicht eingetreten. Der Minister stellte fest, daß über die Zwangsbewirtschaftung der gewerblichen Räume die Mehrzahl der preußischen Industrie- und Handelskammern gutachtlich gehört worden seien. Sie hätten sich überwiegend gegen die Auslassung von der Zwangswirtschaft ausgesprochen. Im Januar werde eine klare Uebersicht über den tatsächlichen Wohnraumbedarf vorliegen. Dann werde eine Vereinigung der Wohnungslisten möglich sein. Der wucherischen Ausbeutung Wohnungsuchender werde die Regierung entschieden entgegentreten. Der Minister gab dann einen Ueberblick über das kommende Städtebaugesetz.

Abg Lüneńschloß (WV) forderte völligen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft.

Die Weiterberatung wurde auf Montag, 12 Uhr vertagt.

### Zu den Provinziallandtagswahlen.

Für die Provinziallandtagswahlen und die Kreistagswahlen, die am 29. November stattfinden sollen, ist noch das Wahlgesetz vom 3. Dezember 1920 maßgebend, das eine Verhältniswahl bestimmt. Nur in einer Hinsicht wird der bewährte Wahlmodus modernisiert und zwar hinsichtlich der Stimmzettel. Durch eine Verordnung zur Durchführung der Provinziallandtagswahlen, die das preußische Staatsministerium unter dem 20. September erlassen und in der Preußischen Gesetzsammlung veröffentlicht hat, wird in § 9a in das alte Wahlgesetz eingefügt, nach welchem die Stimmzettel amtlich hergestellt werden. Diese Stimmzettel enthalten alle zugelassenen Wahlvorschläge. Die Kosten trägt für die Provinziallandtagswahlen die Provinz und für die Kreistagswahlen der Kreis. Diese Einführung des amtlichen Stimmzettels entspricht dem Verfahren bei allen anderen politischen Wahlen.


**Die Postbezieher**

**des „Ramslauer Stadtblatt"**

bitten wir die Erneuerung des Bezuges

**für den Monat Oktober**

**umgehend** bei den Postanstalten oder den Briefträgern zu veranlassen, damit die Zustellung beim Monatswechsel keine Unterbrechung erfährt.

**Auch die Geschäftsstelle nimmt noch Bestellungen entgegen.**


## Vom Völkerbund.

Die vom Rechtsausschuß und vom Ausschuß für Rüstungsfragen gemeinsam der Völkerbundsversammlung vorgelegte und von dieser angenommene Entschließung zur Frage der Herstellung des Friedens hat besagt:

Die Völkerbundsversammlung ist überzeugt, daß das dringendste Bedürfnis der Gegenwart die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens unter den Nationen ist. Sie erklärt von neuem, daß der Angriffskrieg ein internationales Verbrechen darstellen soll, und betrachtet mit Genugtuung die Bemühungen gewisser Nationen zur Erhaltung dieser Ziele durch den Abschluß von Schiedsverträgen und von Verträgen zur gegenseitigen Sicherheit, die im Geiste des Völkerbundspaktes und im Einklang mit den Grundsätzen des Protokolls (Schiedsgericht, Sicherheit, Abrüstung) gehalten sind. Die Völkerbundsversammlung stellt fest, daß derartige Uebereinkommen nicht notwendigerweise auf begrenzte Gebiete beschränkt bleiben müssen, sondern auf die ganze Welt ausgedehnt werden können. Die Versammlung verpflichtet sich aufs neue, durch die sichere Methode des Schiedsgerichts, der Sicherheit und der Abrüstung an der Herstellung des Friedens zu arbeiten, und fordert den Rat unter Hinweis auf Artikel 8 des Völkerbundspaktes auf, vorbereitende Studien für die Organisation einer Konferenz zur Herabsetzung und Einschränkung der Rüstungen aufzunehmen, damit, sobald vom Völkerbund zur allgemeinen Sicherheit zufriedenstellende Bedingungen gewährleistet sind, die erwähnte Konferenz einberufen und die allgemeine Herabsetzung und Einschränkung der Rüstungen verwirklicht werden könne.

Nach der Annahme dieser Entschließung ermattete das Interesse der Völkerbundsversammlung rasch. Vor fast leerem Hause wurde ein Kredit von 11 700 000 Schweizer Franken zum Bau eines Versammlungsgebäudes und für die Erweiterung bezw. den Neubau des Generalsekretariats genehmigt. Bei der günstigen Finanzlage des Völkerbundes sind 10 Millionen für diesen Zweck bereits frei. Das Versammlungsgebäude für die Völkerbundsversammlung soll im Jahre 1928 fertig gestellt werden.

Die Verteilung der Ausgaben des Völkerbundes unter den Mitgliedstaaten wurde mit einigen Stimmenthaltungen angenommen. Das Budget des Völkerbundes für 1926 beträgt unter Einschluß aller Ausgaben für Spezialorganisationen, wie das internationale Arbeitsamt und der Haager ständige internationale Gerichtshof, ungefähr 23 Millionen Goldmark.

Der Protokollentwurf, durch den alle Formen der Sklaverei abgeschafft werden sollen, wurde angenommen. Er behandelt in Artikel 6 die Frage der Zwangsarbeit und verlangt Maßnahmen dagegen, daß durch die Zwangsarbeit eine Lage entsteht, die der Sklavereistellung entspricht. Der Artikel läßt aber im Grundsatz die Ausführung von Zwangsarbeit öffentlichen Interesses zu und bestimmt hinsichtlich jeder anderen Art von Zwangsarbeit lediglich, daß sie nicht schrittweise, sondern so rasch wie möglich abgeschafft werden soll. Der Völkerbund wird den Entwurf allen Staaten sofort zur Meinungsäußerung bis zum 1. Juli 1926 zugehen lassen. Zu Beginn der nächsten Völkerbundsversammlung sollen dann Bevollmächtigte dieser Regierungen zur Ausarbeitung des endgültigen Textes zusammentreten.

Darauf nahm die Völkerbundsversammlung die Wahl der sechs nichtständigen Ratsmitglieder vor. Cumeta (Venezuela) verlas eine Erklärung, in der die abermalige Wiederwahl der seitherigen nichtständigen Ratsmitglieder beanstandet wurde. Er brachte einen Antrag ein, wonach ein regelmäßiger Wechsel in der nichtständigen Vertretung der Völkerbundsstaaten im Rate erfolgen soll. Dieser Antrag wurde angenommen. Mit einer Ansprache des Vorsitzenden Dandurand wurde die Versammlung dann geschlossen.

*

## Marokko.

### Die Lage an der Alhucemas-Bucht.

**Paris,** 26. September. Die Lage an der spanischen Marokko-Front ist durchaus ungeklärt. Vor allem ist es unklar, was das gestern ausgegebene spanische Communiqué damit sagen wollte, daß die Truppen vom Busen von Alhucemas zurückgezogen worden seien. Heute wird gemeldet, daß die Besetzung der spanischen Stellungen bei Cebadilla und Morro Nuevo ohne Schwierigkeiten vollzogen werden konnte. Die Kabylen hätten Schützengräben sechs Meilen südlich von der spanischen Linie angelegt. Längs der Küste hätten sich die Einwohner den Spaniern unterworfen.

Ueber die spanischen Verluste bei den letzten Kämpfen meldet der Sonderberichterstatter der „Daily Mail" in Tetuan, daß die Spanier ungefähr 600 Tote und Verwundete — zum größten Teil Eingeborene — hatten: Sechs Offiziere und 70 Soldaten wurden getötet, 16 Offiziere und 500 Soldaten wurden verwundet. (Nach dem amtlichen spanischen Bericht haben die Kabylen in diesen Kämpfen 300 Tote und 15 Gefangene verloren. — Red.)

**Paris,** 25. September. Eine Havasmeldung aus Madrid bringt folgende Einzelheiten über den am 22. September von den Rifleuten gegen die spanischen Stellungen von Morro Nuevo unternommenen Gegenstoß: Die Rifabteilungen bestanden in der Hauptsache aus Beni Uriagel, Bokkoja und Beni Taf; sie waren reichlich mit Maschinengewehren und Granaten versehen. Im Verlaufe der Operation glückte es 400 Rifleuten, in einer kleinen Bucht zu landen; sie wollten von dort aus die spanischen Truppen, die bereits die Anhöhe von Morro Nuevo besetzt hatten, angreifen, wurden jedoch bald entdeckt und zurückgeschlagen. Ein großer Teil von ihnen fiel, der Rest stürzte sich ins Meer und versuchte, sich schwimmend zu retten. Auf dem gegenüberliegenden Dschebel Buitar hatte sich gleichfalls eine ziemlich starke Rifabteilung verschanzt. Ein französisches Flugzeuggeschwader entdeckte sie. Diese Rifleute wollten die spanischen Truppen in der rechten Flanke umgehen, wurden aber ebenfalls zusammengeschossen. In den von den Spaniern besetzten kleinen Buchten Bonita und Guemado-Queruade sind bereits mehrere Schiffe vor Anker gegangen. In der Bonita-Bucht hatte seinerzeit der spanische Reeder Echevarietta die letzten Verhandlungen mit Abd el Krim wegen der Friedensbedingungen.

**Paris,** 25. September. Der militärische Mitarbeiter des „Journal des Débats" schreibt, die spanischen Kräfte seien vielleicht einem heftigen Gegenangriff der Rifleute ausgesetzt gewesen, so daß der Rückzug, von dem die Rede sei, gewissermaßen als erzwungen angesehen werden könne. Wenn das wahr sei, würden die politischen Nachwirkungen, die wegen der Aufgabe der genommenen Stellungen zu gewärtigen seien, zu ernst sein, als daß man annehmen könne, das spanische Oberkommando habe die Rückzugsoperationen leichten Herzens durchgeführt. Wenn man der Operation die günstigste Auslegung geben wolle, müsse man doch sagen, daß es sich bei dem spanischen Vorgehen gegen die Rifleute keineswegs um einen Fortschritt in der Richtung auf Abschdir, die Hauptstadt Abd el Krims, handle. Die Nachrichten aus spanischen Quellen ließen erkennen, daß nunmehr alles von dem Vorrücken der französischen Truppen abhänge.

### Keine französische Offensive in Marokko?

**Paris,** 26. September. Pressevertreter melden aus dem französischen Hauptquartier, daß die Heeresleitung endgültig auf jede größere Offensive verzichtet habe, weil doch kein durchschlagender Erfolg zu erzielen sei. In militärischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß bisher Abd el Krim allen französischen Vorstößen ausgewichen sei und sich in seine Gebirgsstellungen zurückgezogen habe, gegen die nur mit allergrößten Schwierigkeiten vorgegangen werden könne. Marschall Pétain soll beabsichtigen, die Truppen Abd el Krims durch ununterbrochene partielle Angriffe zu schwächen; dadurch, daß zu verschiedenen Zeiten auf den verschiedenen Fronten angegriffen würde, zwinge man Abd el Krim, allmählich seine gesamten Truppen einzusetzen; auch seine besten Kampftruppen, die er bisher für die Hauptentscheidung in Reserve gehalten habe, müsse er im Laufe der Kämpfe einsetzen. So würde sich die Truppenmacht der Rifleute allmählich vermindern. Da allgemeine Generalangriffe nicht mehr erfolgen sollen, ist es den Unterführern an den einzelnen Frontabschnitten freigestellt, örtliche Angriffe vorzunehmen, die jedoch mit anderen Kampfhandlungen in keiner Uebereinstimmung zu stehen brauchten. Grundsätzlich soll jedoch der Feind Tag und Nacht beunruhigt werden.

### Schlesische Provinzialsynode.

Die zweite Vollsitzung wird Freitag vormittag 11¼ Uhr mit einem Gebete des Superintendenten D. Repke-Michelau eröffnet. Die Synodalen Oberbürgermeister Snay-Görlitz und Kirchenpräsident Voß leisten nachträglich das Gelöbnis. Generalsuperintendent D. Dr. Schian berichtet über die Tätigkeit

und die wichtigsten Ereignisse auf dem Gebiete des kirchlichen Lebens in der Kirchenprovinz in den letzten 4¾ Jahren.

Er gedenkt der Einführung der neuen Verfassung. Infolge ihrer Bestimmungen haben sich auch die Besetzungen der Superintendenten (vgl. Art. 78 d. K.-V.) oft verzögert. Besetzungsfragen, die durch mehrere Instanzen gehen, können auch nicht so schnell erfolgen. Es hat sich übrigens bei der Verfassung nicht um eine Neubildung, sondern um eine Umbildung gehandelt. Die fast fünf Jahre waren auch eine Not für die Prov.-Kirche. Die mühsam gesammelten Fonds fielen der Inflation zum Raube. Unsägliche Schwierigkeiten bereitete die Besoldung der Pfarrer. Die Versorgung der Gemeinden litt Schaden, neue Gemeinden konnten nicht gegründet werden, von wenigen abgesehen, kirchliche Bauten mußten zurückstehen, selbst Reparaturen. Klein-Pfarrerstellen mußten eingezogen werden. Aber es mußte auf diesem Wege fortgeschritten werden. Verschwindend wenig nötige Gemeindehäuser konnten geschaffen werden. Aber es hat auch in den letzten Jahren ein neues Leben begonnen. Neue Organisationen wurden notwendig (Wohlfahrtspflege, Jugenderziehung.) Die kirchlichen Behörden mußten dabei in Mitwirkung treten. Der amtliche Apparat soll nach der Verfassung nicht bloß ein Verwaltungsapparat sein, obwohl ein ungeheures Maß von Arbeit auch hier erfordert wird, sondern er soll mitarbeiten mit den freien Organisationen. Das innere Leben der schlesischen Provinzialkirche ist jedem Synodalen bekannt. Kirchenaustrittsbewegungen sind lokal beschränkt geblieben. Sekten benützen oft die Nichtorientiertheit der Kirchenglieder; aber daneben gibt es viele erfreuliche Erscheinungen, 1922 waren 98½ Prozent aller Kinder getauft worden, evangelische Paare wurden zu 92 Prozent getraut, 35 Prozent der Seelenzahl nahmen am heiligen Abendmahl teil. Wir haben ein Recht zu hoffen. Wenn die einen abfallen vom Glauben der Väter, so ist auf der anderen Seite immer stärkeres Bewußtsein: „Wir kommen ohne Glauben nicht aus". Die Zukunft unserer Sache legen wir vertrauensvoll in Gottes Hände.

Der Präses berief sodann noch Bürgermeister Stumpfe und Pfr. Lic. Aust zu Schriftführern. In der Aussprache berichtete Sup. Schmula zunächst über Oberschlesien. Die Verhältnisse, wie sie durch die Genfer Bestimmungen und die Autonomie geschaffen worden sind, sind von den Evangelischen nicht gewünscht worden. Sie betrachten sich als den Teil, der auch den polnisch gewordenen Oberschlesiern eine Stütze sein möchte. In den Verwaltungsverhältnissen hat eine vollständige Umstellung stattgefunden, die die Wahrung der evangelischen kirchlichen Interessen notwendig macht. Dazu ist eine besondere Arbeitsgemeinschaft geschaffen worden: der oberschlesische Volksdienst, der sich seinen Platz in der Oeffentlichkeit geschert hat. Das Konsistorium hat dabei verständnisvollste Förderung gewährt.

*

Bei der weiteren Besprechung des Berichts über die kirchlichen Verhältnisse hat Superintendent Schmula um warmherzige Unterstützung der oberschlesischen Interessen. Kirchenpräsident Voß-Kattowitz dankte für alle Hilfe, die den abgetrennten Evangelischen besonders durch Gen.-Sup. Nottebohm und Präsident Schuster zuteil geworden ist, besonders für die Versorgung mit Geistlichen. Er bat um junge Theologen, die einige Jahre in Ostoberschlesien zu wirken bereit wären. Gen.-Sup. Schian erklärte, daß die Kirchenbehörde das Ihrige tun wird, um nach Möglichkeit für beide Oberschlesien zu sorgen. Kantor Nimitz (Münsterberg) bat, künftig auch das kirchenmusikalische Leben zu berücksichtigen. Pastor Kuschka gedachte der Verluste der schlesischen Kirche in Mittelschlesien, im Kreise Groß Wartenberg und Namslau. Fast 15000 Evangelische sind abstimmungslos an Polen gefallen. Kaufmann Ohr erwähnte den Bund für ev.-christliche Erziehung in Haus und Schule, der neben dem Elternbund steht, und wandte sich dann dem Bau der Generalsuperintendentur und der Vergebung von Arbeiten zu. Hierbei kam es zu einer lebhaften Aussprache über die Frage des Baues. Diese Frage wurde schließlich durch die Aussprache und die Aufklärung durch die Ausschußmitglieder für erledigt erklärt. Pfarrer Maaße wandte sich gegen verschiedene Bestimmungen bei der Neuordnung des Stadtkonsistoriums. Stadtdekan Spaeth erklärte, daß nur das Stadtkonsistorium, nicht die Geistlichen vom Landeskirchenausschuß zur Aeußerung aufgefordert worden sei; durch die Neuordnung seien die Belange der Breslauer in keiner Weise geschädigt. Das Fortbestehen des Stadtkonsistoriums bleibe wertvoll. Kons.-Präs. Bender erklärt, daß die Bestimmungen, die neu getroffen seien, den Verhältnissen durchaus entsprechen. Von den weltlichen Mitgliedern des Stadtkonsistoriums könne man nicht noch weitere Qualitäten fordern, als in der Verfassung angegeben seien. Die Geistlichen würden aus Stadtkirchen kaum gewählt unter Bestragung der Stadtgesellschaft. Die Synode nahm sodann mit Dank von drei Berichten der Tagesordnung Kenntnis. Der Punkt „Stand der Heidenmission" wurde auf Sonnabend verlegt, ebenso „Innere Mission und Geschäftsordnung für die Provinzialsynode". Die morgige Sitzung beginnt um 10½ Uhr.

Zu den gestrigen Wahlen ist noch nachzutragen, daß Graf Seidlitz mit 85 Stimmen zum 2. Stellvertretenden Präses gewählt wurde.

*

In der Nachmittagssitzung am Sonnabend wurde die Geschäftsordnung fast einstimmig angenommen. Es wurden sodann die fünf darin vorgesehenen Ausschüsse gebildet: 1) Verfassung und Geschäftsordnung, 2) Innere Mission, Wohlfahrtspflege und Jugendpflege, 3) Finanz, 4) Petitionen, 5) Kollekten; als neue Ausschüsse für diese Synode 6) Oeffentlichkeits- und soziale Arbeit und 7) für Religionsunterricht und Schule. Die Festsetzung der Mitglieder für die einzelnen Gruppen erfolgte nach längeren Erwägungen. Die nächste Sitzung findet Montag mittag 12 Uhr mit folgender Tagesordnung statt: Innere Mission, Jugendarbeit, Gustav-Adolf-Verein, Evangelischer Bund, Stockholmer Weltkonferenz.

*

Der Schlesische Provinzialverein für religiöse Kunst veranstaltet anläßlich der Provinzialsynode am Freitag, 2. Oktober, abends 8 Uhr, im Landeshause in Breslau einen Vortrags-Abend. Pastor Dr. Wiesenhütter (Rothsürben) spricht über das Thema: „Der evangelische Kirchbau Schlesiens im 17. und 18. Jahrhundert" mit zahlreichen Lichtbildern. Der Eintritt ist frei.

# Lokales.

**Namslau**, 27. September 1925.

= **(Schlesienfahrt. — Zweite Tagesetappe Breslau-Neisse.)** Es starteten in Breslau zur festgesetzten Zeit insgesamt 66 Fahrzeuge. Die Fahrt ging, wie bereits in der Sonntagsnummer kurz erwähnt, auch über unsere Stadt und dann über Oppeln, Groß-Strehlitz, Tost, Peiskretscham, Gleiwitz, Kieferstädtel, Cosel, Leobschütz, Deutsch-Rasselwitz und Neustadt nach Neisse. Ueberall brachte, wie wir einem Berichte aus Neisse an die „S. V." entnehmen, die sportfreudige oberschlesische Bevölkerung der Veranstaltung das regste Interesse entgegen, und an den Kontrollstellen waren die Menschenansammlungen mitunter beängstigend. Die Aufnahme der Teilnehmer war in fast allen Orten hervorragend; sie stellte der Gastfreundschaft der Oberschlesier das beste Zeugnis aus. — Die Organisation war vom Oberschlesischen Automobilklub mit Unterstützung der Polizeibehörden sehr gut durchgeführt worden. Die Fahrer selbst fanden ganz tadellose Straßenverhältnisse vor, die ihnen keine Schwierigkeiten boten. Es ereigneten sich daher auf dieser Etappe, von einigen kleineren Stürzen der Motorradfahrer abgesehen, keine nennenswerten Zwischenfälle. — Am Ziel der zweiten Etappe in Neisse traf gegen 4 Uhr als erster Fahrer Rudel—Dresden auf Horch ein, dem die D-Rad-Fahrer Klose und Debowiak—Liegnitz folgten. Bis 6 Uhr nachmittags waren in Neisse 61 Teilnehmer. — (Bericht über die dritte (letzte) Tagesetappe folgt.)

= **Eine erhöhte Belohnung von 250 Mk.** ist für die Ermittelung der Täter, die in der Nacht vom 16. zum 17. August d. Js. über die Chaussee zwischen Sacrau und Elekretscham, Kreis Oels in verbrecherischer Absicht ein Drahtseil gespannt haben, vom Kreisausschuß des Kreises Oels ausgesetzt worden. Falls mehrere Personen bei der Ermittelung der Täter mitgewirkt haben sollten, behält sich der Kreisausschuß die Verteilung der Belohnung unter diese unter Ausschluß des Rechtsweges vor. Die insgesamt ausgesetzte Belohnung beträgt daher jetzt 1700 Mk.

= **Gegen die Raubfischerei.** Auf Antrag des Oberfischmeisters für die Provinz Niederschlesien hat sich laut Bekanntgabe der Aufsichtsbehörde der Generalstaatsanwalt bereit erklärt, für eine strengere Bestrafung von Fischereiübertretungen Sorge zu tragen. Infolgedessen haben die Gerichte in neuerer Zeit auch schärfere Strafen verhängt. Doch wird noch oft Klage darüber geführt, daß die Ortspolizeibehörden meist zu geringe Strafen verhängen, so daß sie nicht abschreckend wirken. Daher werden die Ortspolizeibehörden um schärfere Handhabung des ihnen durch das Gesetz vom Jahre 1882 zu stehenden Strafrechtes ersucht, weil durch die Raubfischerei erhebliche Schädigungen nicht nur des Fischereiberechtigten, sondern auch der gesamten Volkswirtschaft verursacht werden. Die Raubfischer schädigen zudem auch vielfach die Fischbrut, besonders wenn sie laichreife Fische erlegen oder Fische beim Laichgeschäft stören.

---

**Schwurgericht Oels.** Als Geschworene für die am Dienstag, den 29. September, beginnende Schwurgerichtsperiode sind nachstehende Herren als Geschworene ausgelost worden:

1. Mechaniker Kalinke, Trachenberg;
2. Kaufmann Schönknecht, Namslau;
3. Herzogl. Domänenpächter Wende, Klein Bargen;
4. Oberförster Keß, Schloß Militsch;
5. Tischlergeselle Ließ, Festenberg;
6. Kaufmann Hoffmann, Festenberg.

Es werden folgende Strafsachen unter dem Vorsitz des Herrn Land- und Amtsgerichtsrat Dr. Kempe zur Verhandlung kommen:

Am Dienstag, den 29. September, vormittags 9 Uhr gegen die Dienstmagd Land, Groß Zöllnig, wegen versuchten Kindesmordes. Verteidiger: Rechtsanwalt und Justizrat Groeger.

Am Mittwoch, den 30. September, vormittags 9 Uhr gegen den Stellmacher B. aus Bankwitz, Kreis Namslau, wegen Meineid. Verteidiger: Rechtsanwalt und Justizrat Mertin.

Am Donnerstag, den 1. Oktober, vormittags 10 Uhr gegen den Landarbeiter Hartmann, Trachenberg, zurzeit in Untersuchungshaft, wegen vorsätzlicher Brandstiftung. Verteidiger: Rechtsanwalt Dr. Warschauer.

Am Sonnabend, den 3. Oktober, vormittags 9 Uhr gegen die Wirtschafterin Hahn aus Schottwitz wegen Meineid und Verleitung zum Meineide. Verteidiger: Rechtsanwalt Bandmann, Breslau.

Die Schwurgerichtsperiode wird voraussichtlich noch eine Erweiterung dahin erfahren, daß sich die Brüder Appelt, Hundsfeld, wegen Mordes vor den Geschworenen zu verantworten haben.

**Grünberg.** Mitte Oktober wird hier mit der Weinlese begonnen werden. Der Termin ist so weit wie möglich, hinausgeschoben worden, um die Trauben möglichst ausreifen zu lassen.

**Glatz**, 24. September. Wegen Kindesmord verurteilt wurde die Landarbeiterfrau Anna Rupprecht geb. Herden aus Obersteine Kr. Neurode. Sie hatte das neugeborene Kind ihrer 18 Jahre alten Tochter, dessen Vater ihr Ehemann war, in ihrer Verzweiflung getötet und im Dünger vergraben. Die Kindesleiche wurde dann später, halb verwest und von Ratten angefressen, aufgefunden. Das Gericht erkannte unter Zubilligung mildernder Umstände auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis mit Anrechnung der dreimonatigen Untersuchungshaft.

**Dresden**, 25. September. (Verurteilte Leichenschänder.) Vor dem Schöffengericht fand heute eine Verhandlung gegen mehrere Angestellte des städtischen Krematoriums statt. Nach den behördlichen Ermittelungen hatten die Beschuldigten in rund 2 Dtz. Fällen Gold und Platin aus der Asche von Leichen ausgesiebt und veräußert. Auch sollen Ohrringe, Leibwäsche usw. von Leichen entwendet worden sein. Das Urteil lautet gegen den früheren Hilfsheizer Frenzel auf 6 Monate Gefängnis, gegen den Heizer Füssel auf 1 Monat Gefängnis. Ein der Hehlerei beschuldigter Händler wurde freigesprochen.

# Letzte Nachrichten.

(Depeschen des „Namslauer Stadtblattes".)

**Berlin**, 26. September. Heute nachmittag wurden in einer Herberge 2 Obdachlose unter dem dringenden Verdacht verhaftet, an den letzten Brandstiftungen beteiligt zu sein, sie waren ¼ Stunde vor dem Ausbruch eines Dachstuhlbrandes in einem Hause des Berliner Westens gesehen worden. 3 Einwohner behaupten, sie bestimmt zu erkennen, doch konnte ihnen eine direkte Täterschaft bisher nicht nachgewiesen werden. Die restlose Klärung wird eine Arbeit von mehreren Tagen erfordern.

**Baden—Baden**, 26. September. Die deutsche Volkspartei veranstaltete heute Vormittag zur Eröffnung ihres Landesparteitages eine öffentliche Kundgebung im dicht besetzten Kurhaussaal. Anstelle des im letzten Augenblick verhinderten Dr. Stresemann sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Curtius über die außenpolitische Lage.

**Berlin, 27. September. Vor dem Schöffengericht Torgau beginnt am Montag der Prozeß gegen den früheren Landrat des Kreises Liebenwerda Max Vogl und gegen den Direktor der Liebenwerdaer-Sparkasse Walter Merres, wegen Betrug, Untreue und Urkundenfälschung bezw. Anstiftung und Beihilfe dazu. Es handelt sich um die Kreditgeschäfte der Sparkasse Liebenwerda, die seiner Zeit großes Aufsehen erregten und zur Amtsentheben des Landrates Vogl, sowie zur Verhaftung des Sparkassendirektors führten.**

## Wassereinbruch auf der Zeche Haniel und Jacobi.

**Sterkrade**, 27. September. Am Freitag ereignete sich auf Schacht I der Zeche Haniel ein Wassereinbruch. Die Schutzwände wurden eingedrückt. Die auf der ersten Sohle beschäftigten 6 Arbeiter konnten sich in Sicherheit bringen. Nur einer erlitt einen Armbruch. Auch die Schachtanlagen der benachbarten Zechen wurden kilometerweit überschwemmt. Auf der Zeche Jacobi drang das Wasser bis zur zweiten Sohle vor, konnte dann aber durch Abdämmungsarbeiten zurückgehalten werden. Der Schacht I der Zeche Haniel gilt als vernichtet. Am Samstag versanken die großen Schachtgebäude mit Fördertürmen und Maschinenanlagen in einem mehr als 80 m großen Wassertrichter. Auch der zweite Schacht droht zu versaufen. Die Bergbehörde hat sich sofort zur Unfallstelle begeben, um die Ursache festzustellen.

**Oberhausen**, 27. September. Zu dem Wassereinbruch auf der Zechenanlage Haniel ist noch zu melden: Wasser und Schlamm von der Zeche Haniel sind auf die erste Sohle der Zeche Jacobi durchgedrungen und stehen dort bereits auf der ganzen Sohle in beträchtlicher Höhe. Auf der Zeche Haniel selbst hat der Wassereinbruch große Verheerungen angerichtet. Das Hauptbetriebsgebäude ist zusammengebrochen. Eine ganze Reihe von Maschinen sind in die entstandenen Löcher gestürzt. Das Ganze bietet das Bild schlimmsten Chaos. Man glaubt kaum zu verhüten, die Zeche Haniel und Jacobi völlig stillzulegen. Inwieweit die Zechen Bondern und Osterfeld betroffen werden, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen.

## Die Lage in Albanien.

**Paris**, 26. September. Wie Agance Havas berichtet, dementiert man von Tirana aus die Nachricht eines Aufstandes in Merditie. Es sei in ganz Albanien alles ruhig. Die Entwaffnung der Bevölkerung im Norden werde ohne Zwischenfälle durchgeführt.

## Rundfunk-Programm.

Täglich 11,15 Uhr: Wirtschaftsnachrichten (Berliner Freiverkehr), 11,15 Uhr vormittags 1. Wetterbericht, 12,30 bis 1,25 Uhr: Mittags-Konzert der Hauskapelle; 12,55 Uhr: Ruegener Zeitzeichen; 1,25 Uhr: Zeitansage, 1,30 Uhr: 2. Wetterbericht und Wirtschaftsnachrichten (Breslau amtlich); 3 Uhr: Pressenachrichten, Wirtschaftsnachrichten (Berlin amtlich); 3,30 Uhr: 1. landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend), 5 Uhr: 2. landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend); 5—6 Uhr: Unterhaltungsmusik der Hauskapelle; 6,45 Uhr: Winke für den Einkauf. Nach dem Abendprogramm: 3. Wetterbericht, Zeitansage, Pressenachrichten. Außerdem:

Montag: 7—7,30 Uhr: „Goethe als Naturforscher". 7,30—8 Uhr: „Seefischerei und Seefischnahrung". 8,30 Uhr: Symphoniekonzert des Schlesischen Landesorchesters.

Dienstag: 6 Uhr: Mitteilungen für Funkfreunde. 7—7,30 Uhr: „Goethe als Naturforscher". 7,30—8 Uhr: „Ein Gang durch das unterirdische Breslau.". 8,30 Uhr: Allotria.

Mittwoch: 6,05 Uhr: „Breslauer Hausfrau". 7 bis 7,30 Uhr: „Preissenkung und Preistreiberei". 7,30—8 Uhr: „Die wirtschaftliche Bedeutung der Indanthrenfarben". 8,30 Uhr: Hans Sachs-Abend.

## Wie spart man das halbe Buttergeld

ohne Butter entbehren zu müssen? Antwort: Man kaufe „Rahma buttergleich"!

„Rahma Margarine buttergleich" ist ein Edelerzeugnis, zu dem feinste Frischmilch verwendet wird. Die „Rahma" kann sich in bezug auf Nährwert und edlen Wohlgeschmack der feinsten Butter an die Seite stellen, ist aber noch nicht einmal halb so teuer wie diese.

1/2 Pfund nur 50 Pfennig.

Kinderzeitung „Der kleine Cocs" oder die Lachzeitung „Fips" gratis


Statt besonderer Meldung.

Heute früh entriß der unerbittliche Tod nach kurzem, schweren Leiden, aber wohlvorbereitet, meine herzensgute Frau, unsere beste Mutter, Schwester und Tante

**Frau Schulrat**

# Rosa Schroeter

geb. Göring.

**Namslau, Chemnitz, Hochheim, Erfurt,**
den 28. September 1925.

In tiefstem Schmerz:

**Christoph Schroeter,** Schulrat i. R.
**Maria Schroeter,** Lehrerin
**Felix Schroeter,** Apotheker
**Gertrud Schroeter**
**Marie Lettau,** geb. Göring
nebst Kindern und Enkeln.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. September, nachmittags 3 Uhr statt, das Requiem Donnerstag früh 8 Uhr.
Wir bitten, von Beileidsbesuchen Abstand nehmen zu wollen.


**Junger Arbeitsbursche**

der Umgang mit den Pferden kennt, kann sich sofort melden

**Schwitalla, Namslau**
Schulstraße 2.

**Visitenkarten**
fertigt an
**Namslauer Druckerei-Gesellschaft.**

Der gesetzlich geschützte

**Heil-Apparat „Bögro"**

mit ultra-violetter Bestrahlung kann an jede Elektr. Lichtleitung angeschlossen und von jedermann bedient werden.
**Professor Eberhart** weist in seinem Werk **staunende Erfolge** nach. Preis von 30 Mark aufwärts in günstiger Ratenzahlung.
**Vertreter mit Musterapparat ist**

**H. W. Leiser, Handsfeld**
Oelserstraße 15.

Ausschneiden! Aufbewahren!

**Prima O.-S. Steinkohlen**
„ **Niederschles. Schmiedekohlen**
„ **Braunkohlenbriketts**
„ **Steinkohlenbriketts**
„ **Gaskoks — Hüttenkoks**
**Brennholz**

offeriert ab Lager zu billigsten Tagespreisen
**Waggonladungen zu Syndikatspreisen**

**Gustav Fuhrig**
Namslau.

Gesundes trockenes

**Wiesenheu**

kauft

**Brauerei A. Haselbach.**


Im Anschluß an meine letzte Bekanntgabe an dieser Stelle sind Mißverständnisse entstanden. Ich gebe noch einmal bekannt, daß ich infolge der durch die gesetzliche Regelung zwischen Aerzten und Krankenkassen geschaffenen Lage ärztliche Tätigkeit als Sprechstunde nur in Kaulwitz, als Besuchspraxis nur von dort ausgehend ausüben kann. Ueber Zulassung zur Kassenpraxis, über Sprechzeiten und telefonische Erreichbarkeit verweise ich auf meine letzte Bekanntgabe.

**Dr. Timpe.**

Sparst Du, brauchst Du nicht zu borgen
Und Dein Herz ist frei von Sorgen.
Kaufst Du Regers harte Seifen
Wirst Du's Sparen schnell begreifen.


## Offenhaltung der Geschäfte.

Die Geschäftsinhaber werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß nach gesetzlichen Vorschriften offene Verkaufsstellen, mit Ausnahme der Apotheken, für den geschäftlichen Verkehr in der Zeit von sieben Uhr abends bis sieben Uhr morgens geschlossen sein müssen.

Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe, im Unvermögensfalle mit Gefängnis bestraft.

Namslau, den 24. September 1925.

**Die Polizei-Verwaltung.**
J. V. gez. Weckmann.

**Die Finanzkasse Namslau ist am Mittwoch, den 30. September 1925 wegen Revision**

**geschlossen.**

**Meyer.**


**Kartoffelflockenfabrik Wilkau**
Kr. Namslau, Tel. Namslau 268, eigener Gleisanschluß
nimmt
**Kartoffeln zur Lohntrocknung**
zu günstigsten Bedingungen jetzt und jederzeit entgegen.


## Zwangsversteigerung.

**Mittwoch, den 30. d. Mts., vormittags 11 Uhr** werde ich auf dem Hofe des Spediteurs Herrn Gärtner in **Namslau**

**1 Aktenregal, 1 Jalousieschrank, 1 Arbeitstisch, 2 Schreibtische, 1 Schreibmaschine (Urania), 1 Fahrrad, 3 Stühle, 2 Schreibsessel, 1 Kleiderschrank, 1 Wäscheschrank, 150 Stück Säcke und versch. and. Sachen**

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Namslau, den 28. September 1925.

**Krämer**
Obergerichtsvollzieher in Bernstadt Schl.

### Produktenmarktbericht.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 26. September 1925 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab schlesischer Verladestation in vollen Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln, die sich Frachtparität Breslau verstehen). Tendenz: Getreide: Stetig. — Kartoffeln: Ruhig. — Mehl: Stetig.

**Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):**
mittl. Art und Güte der letzten Ernte bei sofortiger Bezahlung.

| Getreide: | 26. | 25. | Oelsaaten: | 26. | 25. |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen, neuer | 19,80 | 19,80 | R. Winterraps | —,— | 34,— |
| Roggen ..... | 16,00 | 16,00 | Leinsamen ..... | —,— | 39,— |
| Hafer, neuer .. | 16,50 | 16,50 | Senfsamen ..... | —,— | 54,— |
| Braugerste ... | 20,00 | 20,00 | Hanfsaat ..... | —,— | —,— |
| Winter-Gerste | 17,50 | 17,50 | Mohn, blau ... | —,— | 90,— |

**Speisekartoffeln** weiße 1,40, rote 1,40.
**Fabrikkartoffeln für das Prozent Stärkegehalt** 0,07 1/5.

## Verschiedene Mitteilungen.

— **Der alte Unfug.** Am Sonntag nachmittag legte in dem Orte Wedderwillen bei Detmold der 30 Jahre alte Diplomingenieur der Kruppwerke in Essen Fritz Bülke im Scherz auf seine 22jährige Braut mit einem Armeerevolver an, als plötzlich der Schuß losging, der das Mädchen in den Kopf traf und seinen sofortigen Tod herbeiführte. — Ein ganz ähnlicher Vorfall ereignete sich am Montag vormittag auf der Bahnstrecke Detmold—Herford. Der 16jährige Alex Hellsee aus Helden-Oldenburg schnitt durch das Fenster eines Bahnwärterhäuschen dem Bahnwärter eine Grimasse. Als dieser nun im Scherz auf den jungen Mann mit einem Gewehr anlegte, löste sich plötzlich ein Schuß, der Hellsee in den Kopf traf, so daß er tödlich getroffen zusammenbrach.

— **Cholera auf den Philippinen.** Auf den Philippinen ist die Cholera ausgebrochen. Den Behörden sind bereits 55 Krankheitsfälle, von denen einer tödlich verlaufen ist, angezeigt worden. Es sind alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, um die Krankheit auf ihren Herd zu beschränken und eine Epidemie zu vermeiden.

— **Gezuckertes Meer.** In der Nähe der Insel Dawean (Holländisch Indien) ist der englische Dampfer „Lees City" infolge auflaufens auf einen Felsen untergegangen. Die Besatzung von 30 Mann konnte von einem vorüberfahrenden holländischen Dampfer gerettet werden. Die Ladung, die aus 7500 Tonnen Zucker bestand und für Japan bestimmt war ist vollständig verloren.

— **Zurückziehung belgischer Militärposten.** Auf der Strecke Wesel—Büderich sind die belgischen Militärposten bis zur Rheinbaben-Brücke zurückgezogen worden. Eine Kontrolle des Personalausweises und der Führerscheine für Kraftwagen wird nicht mehr vorgenommen. Trotzdem müssen aber noch Personalausweise mitgeführt werden, da die Verordnung noch nicht aufgehoben ist.

— **Vorgeschichtliche Funde.** Knochenreste von 10 Mammuts wurden in der Kiesbaggerei im Wardt bei Xanten gefunden. Ein Bagger brachte außerdem ein großes versteinertes Horn und eine steinerne Speerspitze ans Tageslicht.

— **Der neue Passagierdampfer „Berlin"** des Nordd. Lloyd hat, vollbesetzt, von Bremen seine erste Reise nach Newyork angetreten.